



Interviews

Datum: 24. Juli 2024

Marcus Faber (FDP), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist nun Marcus Faber von der FDP. Er ist Vorsitzender des Bundestags-Verteidigungsausschusses. – Guten Morgen, Herr Faber.

Marcus Faber: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Sie sind kein Innenpolitiker, aber das Thema des Islamischen Zentrums Hamburg ist schon länger ein großes Debattenthema, was eine Verbotsmöglichkeit angeht. Wie sehen Sie dieses Verbot, was offenbar gerade heute Morgen erfolgt ist?

Faber: In der Tat ist das schon lange in der Diskussion und ich finde es auch überfällig, dass dieser Verein verboten wird. Sie haben es ja im Beitrag angesprochen: Verfassungsfeindlichkeit ist für mich ein ganz zentrales Kriterium und das ist erfüllt. Wer Hass in Deutschland verbreitet und gegen das Grundgesetz vorgeht, der muss dann auch damit rechnen, verboten zu werden. Das ist hier passiert und das halte ich für einen sinnvollen Schritt.

Engels: Dann kommen wir nach diesen aktuellen Entwicklungen nun zu unseren eigentlichen Gesprächsthemen, nämlich alles rund um die Entwicklungen in den USA und vor allen Dingen die Folgen für die europäische Verteidigung. Wir wissen ja: Wenn ein in der Wolle gefärbter Transatlantiker wie Joe Biden nun das Weiße Haus Ende des Jahres verlässt, dann stellen sich wieder mal die Fragen, ob die Europäer nicht deutlich mehr für die eigene Verteidigung tun müssen, da die Unterstützung durch die USA brüchiger werden könnte. Nun haben wir gerade auch Boris Pistorius gehört, der sagt, laut Etatplan bekäme er dafür nur 1,25 Milliarden Euro mehr in den Rüstungsetat. Das wäre gerade mal ein Inflationsausgleich. Werden Sie ihn unterstützen als FDP-Politiker, wenn es nun darum geht, in den Haushaltsverhandlungen mehr herauszuschlagen?

Faber: Erst mal muss man sagen, Boris Pistorius bekommt mehr Geld für Verteidigung. Das ist ein gutes Signal. Da wird Verteidigung deutlich priorisiert.

Engels: Aber 1,25 Milliarden nur mehr.

Faber: 1,25 Milliarden ist eine Menge Geld. Da können Sie sehr viel machen in Deutschland. Fragen Sie mal ein paar Stadträte, ein paar Kommunalpolitiker.

Engels: Das ist richtig. Aber für die steigenden Personalkosten, argumentiert er, und auch die wachsenden Kosten generell sei das noch nicht mal ein Inflationsausgleich.

Faber: Wir geben mehr für Verteidigung aus im nächsten Jahr. Ich habe vor sieben Jahren bei 37 Milliarden Euro Verteidigungsausgaben im Deutschen Bundestag begonnen. Wir geben im Einzelplan 14, Verteidigungshaushalt, nächstes Jahr 53 aus. Sie sehen da eine deutliche Steigerung. Dazu kommen nächstes Jahr über 20 Milliarden Ausgaben aus dem Sondervermögen. Wir sind in Summe bei über 70 Milliarden Euro Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr. Da sehen Sie eine deutliche Veränderung, fast eine Verdoppelung zu dem Punkt, wo ich im Bundestag angefangen habe, und das macht die deutliche Priorität für Verteidigung aus. In anderen Etats wird übrigens gespart. Andere Etats sinken, zum Beispiel der für Entwicklungszusammenarbeit.

Natürlich kann ich verstehen, dass er sagt, ich möchte trotzdem noch mehr haben, aber man muss deutlich sagen, die Richtung stimmt hier schon, die der Regierungsentwurf, der er angehört, hier vorsieht. Im Deutschen Bundestag haben wir hier in den letzten Jahren immer nachgeschärft. Allerdings muss man auch sagen, im jetzigen Haushaltsentwurf ist auch eine globale Minderausgabe vorgesehen, wo wir auch noch im Parlament klären müssen, ob wir die nicht vielleicht auch noch decken können und benennen können, an welcher Stelle mehr gespart werden muss. Hier würde ich sagen, bei Verteidigung kann nicht mehr gespart werden.

Engels: Da kann nicht mehr gespart werden. Aber Sie sind auch nicht ein Befürworter, mehr hinzuzufügen, denn Kritiker sagen auch, die stolze Summe, die Sie genannt haben, rund 70 Milliarden Euro mehr für Verteidigung, das ist nur eine Zeit lang so, denn da ist auch eine Summe aus dem 100 Milliarden Sonderetat eingerechnet, und der ist dann 2027/28 aufgebraucht. Und spätestens dann – so ist ja die Kritik – könne Deutschland auch das Zwei-Prozent-Ziel der NATO nicht mehr so einfach erfüllen. Müssen Sie da nicht mittelfristig umsteuern, beispielsweise nachschießen in das Sondervermögen, was ja für die Bundeswehrertüchtigung angelegt ist?

Faber: Das ist die eigentlich gute Nachricht, die die Regierung in den letzten Wochen auf den Weg gebracht hat, denn sie hat auch gesagt, in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2028 sind 80 Milliarden für Verteidigung vorgesehen, und damit wird das Zwei-Prozent-Ziel aus dem Grundgesetz erfüllt. Ich gehe auch davon aus, dass eine Bundesregierung sich an das Grundgesetz hält. Das wird hier umgesetzt. Damit wird auch die finanzielle Grundlage gelegt, dass wir bei Beschaffungsentscheidungen zum Beispiel in den kommenden Monaten mit Verpflichtungsermächtigungen arbeiten können und damit den Weg der Modernisierung der Bundeswehr fortsetzen.

Engels: Dann weiten wir jetzt den Fokus weg vom Geld und schauen auf den aktuellen Anlass, dass heute der neue britische Verteidigungsminister John Healey zum Antrittsbesuch nach Berlin kommt. Wie wichtig werden die Briten in Sachen Verteidigung werden, wenn möglicherweise die USA in Zukunft im Falle einer Wahl von Trump nicht mehr ganz so verlässlich sind?

Faber: Beide Nationen sind wichtig und die Briten legen nun mal großen Wert darauf, dass sie die Europäische Union verlassen haben, dass sie aber nicht die NATO verlassen haben und auch nicht diesen Planeten. Das heißt, die geografische Situation der Briten hat sich nicht verändert und sie sagen sehr deutlich, dass sie an der Verteidigung des nordatlantischen Bündnisses teilnehmen, und die Briten haben auch investiert in Verteidigung. Die Briten sind schon sehr lange deutlich über zwei Prozent der Verteidigungsausgaben vom Bruttoinlandsprodukt und deswegen ist das hier ein Signal, das die Regierung setzt zu sagen, wir stehen auch an der Seite Europas und wir wollen die Kooperation mit den wichtigen europäischen Staaten fortsetzen. Das ist ein gutes Signal auch für uns.

Engels: Auf der Gesprächsagenda von Boris Pistorius und seinem britischen Amtskollegen stehen die Themen deutsch-britische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung, Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, Engagement an der Ostflanke der Allianz, Unterstützung der Ukraine und Rüstungsangelegenheiten. Das klingt alles schon wieder sehr teuer.

Faber: Verteidigung gibt es leider nicht kostenfrei und in der Tat sind das die wichtigen Punkte, die auch jetzt ja schon umgesetzt werden. In den baltischen Staaten ist Deutschland Framework Nation, Großbritannien aber auch, Kanada und die USA. Es gibt viele Punkte, an denen man zusammenarbeitet. Diese Bundesregierung hat die European Sky Shield Initiative auf den Weg gebracht, eine gemeinsame Luftverteidigung in Europa gegen potenzielle russische Mittelstreckenraketen, die in Kaliningrad schon stationiert sind, und dass die Briten

zum Beispiel auch darüber reden wollen, daran teilzunehmen, ist ein Punkt. Es gibt eine gemeinsame europäische Entwicklungsinitiative für einen Kampffjet. Die Briten haben ein anderes Projekt, hier kann man über eine Kooperation reden. Es gibt wirklich viele Themen, die weit über einen Antrittsbesuch hinaus, glaube ich, die nächsten Jahre noch prägen werden.

Engels: Aber auch dafür braucht es auch von deutscher Seite Investitionen, auch gerade für mittelfristige gemeinsame Rüstungsprojekte. Also doch noch mal die Frage fürs Geld: Helfen Sie Boris Pistorius, da mehr herauszubekommen?

Faber: Wir geben doppelt so viel Geld für Verteidigung aus, wie wir vor sieben Jahren ausgegeben haben. Wir werden weiterhin zwei Prozent für Verteidigung ausgeben. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt. Mir wäre es wichtig, dass alle, die sagen, dass sie mehr ausgeben wollen, auch sagen, wo sie weniger ausgeben wollen. Die Bundesregierung hat hier einen Vorschlag gemacht, spart zum Beispiel bei der Entwicklungszusammenarbeit. Ich halte diesen Schritt für richtig und ja, in diese Richtung sollten wir auch weiter gehen. Das Parlament hat in den letzten Jahren immer noch einmal an der einen oder anderen Stelle etwas gefunden. Das wird jetzt schwierig, weil wir derzeit noch mit einer globalen Minderausgabe planen, die eigentlich auch fixiert werden muss, wo man noch spart. Das kann nicht bei Verteidigung sein, aber der Verteidigungshaushalt wächst und das ist ein gutes Signal.

Engels: Dann haben wir noch die Problematik, überhaupt genügend Bundeswehrsoldaten für die Truppe zu gewinnen. Das bleibt auf der Agenda. Heute wird ein Brief bekannt, den Verteidigungsminister Pistorius an die Minister Lindner und Buschmann, Ihre Parteifreunde von der FDP, geschrieben hat. Da geht es um die sogenannte Wehrrfassung, die Frage, ob man eine damit verknüpfte Idee, allen jungen Männern eines Jahrgangs die Pflicht zur Beantwortung eines Fragebogens zur Musterung aufzuerlegen, umsetzt, und zwar in Gesetzesform schon im Herbst. Die FDP will das nicht, Pistorius will das schon. Wo stehen Sie?

Faber: Der Minister hat im Verteidigungsausschuss seine Ideen vorgestellt. Das wurde, glaube ich, von allen Fraktionen sehr wohlwollend aufgenommen. Wir werden im Bundestag in den nächsten Monaten darüber sprechen, ob wir zum Beispiel geschlechtliche Diskriminierung da fortsetzen wollen, ob wir Altersdiskriminierung fortsetzen wollen, das heißt, ob nur 18jährige angeschrieben werden oder alle Altersgruppen, ob nur Männer diesen Fragebogen beantworten müssen. In einer Situation, in der jeder sein Geschlecht frei wählen kann, ist das vielleicht nicht besonders sinnvoll. Diese Punkte sind in der Diskussion. Aber die grundsätzliche Idee, dass wir eine Wehrrfassung brauchen in der jetzigen Bedrohungssituation, ist fraktionsübergreifend Konsens, auch bei den Freien Demokraten, und dass wir das abfragen, wer auch Interesse an einem Wehrdienst hat, ist Konsens. Konsens ist aber auch, dass

die Bundeswehr nur bestimmte Aufnahmekapazitäten hat und dass man das vor allem mit Freiwilligkeit abbilden kann, denn die Bundeswehr braucht tatsächlich motivierte Soldatinnen und Soldaten, und die müssen wir dann zu allererst auch mal rausfiltern.

Engels: Aber Sie sehen hier durchaus, dass diese Wehrerfassung auch von der FDP mitgetragen wird und die Abwehr von Herrn Lindner und Herrn Buschmann sich nicht darauf bezieht?

Faber: So ist es. Die Wehrerfassung richtet sich ja vor allem auch an die kommunalen Verwaltungen, an die Einwohnermeldeämter, an die Bundesländer. Man muss hier die Daten der Bevölkerung auch erst einmal im Verteidigungsministerium haben und nicht nur beim örtlichen Einwohnermeldeamt, damit man Menschen überhaupt anschreiben kann. Und dann diese Menschen anzuschreiben und zu fragen, wer hat denn hier Interesse, wer hat auch vielleicht Vorkenntnisse, die die Bundeswehr gebrauchen kann, das sind die Punkte, um die es hier geht, und da sind die Freien Demokraten komplett an Bord.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.